

AI-LUXEMBOURG NEWS

MAGAZIN VON AMNESTY INTERNATIONAL LUXEMBOURG

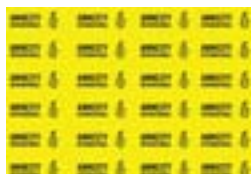
N° 3/2016



NEUE
WELTWEITE
KAMPAGNE
FÜR
FLÜCHTLINGE

I WELCOME





UNSERE NACHRICHTEN

Hier finden Sie die neuesten Nachrichten über die Aktionen und Kampagnen von Amnesty International Luxembourg. **SEITEN 4-5**



FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN

Weltweite Umfrage und neue Kampagne **SEITEN 6-7**



GESPRÄCH MIT FILEP KARMA

Friedlich demonstrieren: ein Recht, das es zu verteidigen gilt **SEITE 8**



DIE TÜRKEI: DIE VIELEN FASSETTEN DER ANGST

Zeugenbericht von Andrew Gardner, des Türkei-Nachforschers von Amnesty International **SEITE 9**

Koordination : Antoniya Argirova
Beiträge: Stan Brabant, Virginie Magis, Marine Perrotey
Amnesty International Luxembourg
23, rue des Etats-Unis
L-1019 Luxembourg
Tél. : +352481687
Fax : +352483680
www.amnesty.lu
Kontoverbindung: CCPL LU08 1111 0000 3333 0000
Gedruckt von Reka. Alle Vervielfältigungsrechte vorbehalten.
5 bis 6 Ausgaben pro Jahr.

NICHT MEHR LANGE BIS ZUR KERZENKAMPAGNE!

Wie jedes Jahr brauchen wir Ihr Engagement und Ihre Solidarität, um uns beim Kerzenverkauf zu helfen. Angesichts dessen, dass dieses Jahr schon durch viele Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten gekennzeichnet ist, müssen wir Ihnen die Mittel bereitstellen, diese zu bekämpfen und unsere Arbeit fortzusetzen. Sie werden in Kürze unsere Broschüre über die Kerzenkampagne 2016 erhalten, die Sie ausführlich über neue Kerzen informiert, Ihnen Hinweise für deren Verkauf gibt und sogar eine schöne Überraschung enthält.

Sie können sich schon jetzt unter bougies@amnesty.lu melden, wenn Sie sich engagieren oder Ihre guten Ideen für die Kampagne mit uns teilen wollen.

EDITORIAL

Liebe Mitglieder, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten:

So brachte Amnesty International zu einem Zeitpunkt, als die meisten Medien das Gesicht von Omran, jenes fünfjährigen Jungen, der eben einen Luftangriff auf ein Aufständischenviertel im syrischen Aleppo überlebt hatte, einen neuen – erschreckenden – Bericht über die Folter in syrischen Gefängnissen heraus. Die Anzahl der Personen, die seit Beginn der Krise im März 2011 in Syrien in der Haft umgekommen sind, wird darin auf (mindestens) 17723, d. h. auf 300 Tote pro Monat, geschätzt. In der Tat greifen die syrischen Regierungsbehörden seit Jahrzehnten auf die Folter zurück, um ihre Gegner auszulöschen. Doch heute sind diese Folterungen Teil von allgemeinen systematischen Angriffen auf alle Mitglieder der syrischen Bevölkerung, die der Gegnerschaft zum Regime verdächtigt werden. Damit sind diese Angriffe Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Andere in jüngster Zeit veröffentlichte Berichte Amnestys prangern auch Kriegsverbrechen an, in diesem Fall durch mehrere bewaffnete Gruppierungen (darunter jene, die sich Islamischer Staat nennen lässt). In einer immer höllischer werdenden

Lage hat die syrische Bevölkerung kaum eine andere Wahl, als aus ihrem Land zu fliehen und um internationalen Schutz, insbesondere in Europa, zu bitten.

Aber nicht allein die syrische Bevölkerung ist zur Flucht gezwungen. Zwar kommen heute 54 % der Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und Somalia, doch bringt die Verschärfung der bewaffneten Konflikte immer mehr Menschen dazu, ihr Land zu verlassen, um internationalen Schutz zu suchen. So kommt es, dass heute 21 Mio. Menschen (d. h. fast 5 Mio. mehr als im Vorjahr) als Flüchtlinge angesehen werden. Darin liegt die ganze Bedeutung der weltweiten Kampagne „I welcome“, die Amnesty International in den nächsten Wochen als Reaktion auf die Krise der Flüchtlinge starten wird. In Luxemburg war diese Kampagne Gegenstand einer Hintergrunduntersuchung, an der alle in diesem Bereich tätigen Gruppen beteiligt waren. Es steht viel auf dem Spiel, denn davon, wie wir auf die Krise der Flüchtlinge reagieren, wird es weitgehend abhängen, in welcher Welt wir morgen leben werden.

Stan BRABANT, Direktor

Unsere Nachrichten



Die Ausstellung
«Mein Körper
meine Rechte»
wurde von fast
400 Besucher
besichtigt.

AUSSTELLUNG „MY BODY MY RIGHTS“

Zum Abschluss der Kampagne „My Body My Rights“, die auf den Schutz der sexuellen und Fortpflanzungs-Rechte ausgerichtet war, lud Amnesty International Luxembourg ungefähr 40 Künstler aus Luxemburg dazu ein, etwas zu den Themen der Kampagne zu gestalten. So wurden vom 4. bis 12. Juni über 60 Werke im Carré in Hollerich ausgestellt.

Die sexuellen und Fortpflanzungs-Rechte zur Sprache zu bringen, mag manchmal schwierig sein, denn es handelt sich um ein Thema, zu dem es auch hier in Luxemburg noch viele Tabus und viel Streit gibt. Die Kunst ermöglicht es, bestimmte Hindernisse zu umgehen, und dies mitunter auf sehr poetische Weise.

Nach der beeindruckenden Tanzdarbietung zweier Künstler bei der Vernissage sprachen Gemälde, Fotografien, Skulpturen und andere künstlerische Installationen sowohl Themen wie Genderidentität, Homosexualität und Weiblichkeit als auch die Dilemmas, die Unterdrückung und die Gewalt an. Was im Mittelpunkt stand, war klar; es ging um Selbstbestimmung: Das ist Mein Körper, das sind Meine Rechte.

Diese Ausstellung geht auf eine Initiative der Aktivistengruppe (also von freien Mitarbeitern!) zurück, die im Rahmen von Amnesty Luxembourg die Frage der geschlechtsbezogenen Gewalt bearbeiten. Über 400 Personen besuchten die Ausstellung, und es wurden mehrere Kunstwerke, zum Teil zugunsten von AIL, verkauft.

Die Ausstellung endete am Muttertag. Musiker, Schauspieler, Aktivisten taten sich zusammen, um dem Publikum einen gemütlichen Nachmittag für Jung und Alt zu bieten. Ein herzliches Dankeschön an die Aktivisten und die Künstler für dieses denkwürdige Ereignis, sicher

einer der starken Momente der letzten Monate! Sie können auch den kleinen Videoclip über die Ausstellung unter <https://www.youtube.com/watch?v=1sCeE6eMBHw> ansehen.

ASYL UND DIE EU: AMNESTY UND MSF VERLANGEN EINEN RADIKALEN POLITIKWECHSEL

Während die Europäische Union dabei ist, einen neuen Aktionsplan auszuarbeiten, der einzig und allein darauf ausgerichtet ist, Migration um jeden Preis einzuschränken, appellierten Amnesty International Luxembourg und Ärzte ohne Grenzen Luxembourg an die luxemburgische Regierung, jedes Abkommen abzulehnen, das droht, Menschenrechtsverletzungen zu fördern oder humanitäre Hilfe zugunsten der Grenzkontrolle zu instrumentalisieren.

Die beiden Vereine forderten Luxemburg außerdem auf, den Vertrag zwischen der EU und der Türkei aufzukündigen, mit dem sich die europäischen Staaten ihrer Verantwortung entledigt haben, Personen, die vor Konflikten und Verfolgung fliehen, aufzunehmen. „Man muss die Politik ändern, und zwar radikal, bevor das Asylrecht, wie man es heute kennt, aufhört zu existieren“, warnten die beiden Organisationen. Näheres unter <http://bit.ly/2bhvuxM>.

WELTFORUM IN JOHANNISBURG ZUM THEMA MENSCHENRECHTSEBILDUNG

Alle zwei oder drei Jahre begegnen sich die Amnesty-Koordinatoren und –Experten für Menschenrechtserziehung (MRE) in einem Weltforum.

Dieses Jahr fand das Forum vom 28. Juni bis zum 1. Juli in Johannesburg statt. Es kamen über 50 Sektionen aus allen Teilen der Welt, darunter erstmals auch die von Luxemburg, zusammen. Das Forum ist für all jene besonders wichtig, die sich bei Amnesty auf dem Gebiet der MRE engagieren. Zum ersten Mal trat diese als strategisches Ziel der Bewegung in Erscheinung.

Aktivitäten regionaler und thematischer Gruppen, Vorträge und Vollsitzungen erlaubten es uns, die vier Ziele, die sich dieses Zusammentreffen gesetzt hatte, zu erreichen: Festlegung einer soliden und klaren Marschroute für die Umsetzung der Strategie, weitere Suche nach Lösungen für die Einbeziehung der MRE in die Kampagnen, Einigung über den Beitrag der MRE zur Erweiterung der Bewegung und Einfügung unserer Arbeit für die Menschenrechte in den Zusammenhang einer sich verändernden Welt.

Wir haben diese Fragen mit viel Enthusiasmus erörtert. Wir sind mehr denn je bereit, diese Herausforderungen anzupacken!

AMTSFÜHRUNG

Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats aufgrund der Generalversammlung 2016: David Pereira, Präsident, Bram Schim Van der Loef, Vizepräsident, Gilles Vansteenkiste, Schatzmeister, Germaine Brabants, Generalsekretärin, Annemie Kridel, Isabelle Delas, Joachim Cour. Eine für alle unsere Mitglieder bestimmte Seite für den Verwaltungsrat wird auf der AIL-Website eingerichtet werden.



85 Personen aus über 50 Sektionen nahmen an dem Weltforum von Amnesty International teil.

AGENDA

- **Kerzenkampagne 2016:** Die Kampagne beginnt am 7. November. Sie können Ihre Kerzen aber schon **ab dem 13. Oktober bestellen**. Wie jedes Jahr endet sie am 10. Dezember.
- **Festival der Menschenrechte: Vom 1. bis zum 15. Dezember** veranstaltet AIL das erste Festival der Menschenrechte, um für 10 gefährdete Personen aus der ganzen Welt zu handeln.

GUTE NACHRICHTEN

1 YECENIA, ENDLICH FREI!



Nach vier Jahren Angst im Gefängnis in Mexiko, ist Yecenia Armenta endlich frei.

Im Jahr 2012 hatte die Polizei sie geschlagen, fast erstickt und 15 Stunden lang unter Folter vergewaltigt, bis sie «gestand» an der Ermordung ihres Mannes beteiligt gewesen zu sein. Hunderttausende Amnesty Aktivisten schickten anfordernde Freilassungsbriefe, als Teil unserer Stop-Folter-Kampagne. Sie wurde am 7. Juni befreit.

«Vielen Dank, weiterhin für die Rechte anderer zu kämpfen», sagte sie. «Die Gerechtigkeit braucht manchmal Zeit um sich durchzusetzen.» **Machen Sie mit! Unterzeichnen Sie die Petition gegen sexueller Folter in Mexiko auf amnesty.lu/mobilisez-vous/signez-une-petition**

3 EL SALVADOR LÄST MARIA-THERESA FREI!

Maria Teresa Rivera wurde am 20. Mai 2016 freigelassen. Maria Teresa Rivera, 33, war zu 40 Jahren Haft im Jahr 2011 nach einer Fehlgeburt verurteilt worden.

Im Verdacht einer Abtreibung, die in El Salvador verboten ist, hatte das Krankenhauspersonal sie der Polizei gemeldet.

Nach vier Jahren Haft, wurde sie aber freigelassen nachdem ein Richter entschied, dass es keine Beweise für die Anschuldigungen gegen sie gibt. Die Generalstaatsanwaltschaft aber erklärte am selben Tag, dass sie die Entscheidung anfechten werde.

Tausende von Amnesty Aktivisten schrieben Briefe in ihrem Namen, die Salvador auffordern die Abtreibung nicht mehr als Straftat zu betrachten.

2 WIR HABEN ALIREZA GERETTET!



Der iranische Teenager Alireza Tajiki wurde vom Galgen gerettet, dank eines internationalen Aufschreies dass seine bevorstehende Hinrichtung provozierte. Er sollte am 15. Mai 2016 gehängt werden, aber seine Hinrichtung wurde durch das Handeln der Mitglieder von Amnesty und der Tweets der Aktivisten die die Behörden aufforderten Alireza zu retten (#SaveAlireza), ausgesetzt. Alireza ist noch nicht außer Gefahr, und wir fordern jetzt den Iran die Todesstrafe aufzuheben.



“Ich bin all jene sehr dankbar, die meinen Fall folgten und hofften, dass ich freigelassen werde.“



FORSCHUNG

VIER VON FÜNF PERSONEN

AUF DER WELT SAGEN:

FLÜCHTLINGE SIND WILLKOMMEN!

@ UNHCR/E. Hockstein

Ganze 80% der Befragten weltweit würden Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen. Dies zeigt, dass die Regierungen keinen Bezug zur Realität haben.

Als Amnesty 27000 Personen in 27 Ländern die Frage stellte, ob sie bereit wären, Flüchtlinge willkommen zu heißen, war ihre Reaktion erstaunlich: Vier von fünf Personen antworteten mit einem enthusiastischen Ja!

Überall auf der Welt beobachten die Menschen mit Entsetzen, wie sich die Krise der Flüchtlinge immer mehr verschärft. Unsere Untersuchung zeigt, dass zwar viele Regierungen nach wie vor behaupten, sie könnten einfach keinen Platz für die Flüchtlinge finden, doch ihre Bürger glauben das Gegenteil.

Die britische und die australische Regierung gehören wohl zu denen, die am wenigsten mit ihrer Bevölkerung harmonieren: Etwa 87 % der Briten und 85 % der Australier sind nämlich bereit, Flüchtlinge in ihr Land, in ihr Viertel und manchmal sogar zu sich nach Hause einzuladen.

CHINA, DEUTSCHLAND UND DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH LIEGEN AN DER SPITZE

Wir haben eine Einteilung vorgenommen, die sich auf die Ergebnisse unserer Umfrage stützt, den sogenannten Aufnahmeindex für Flüchtlinge. China liegt dabei an der Spitze, denn fast die Hälfte der Befragten erklärte, dass sie Flüchtlinge bei sich willkommen heißen würden.

Russland, Indonesien und Thailand, die Tausende im letzten Jahr nach ihrer Flucht aus Myanmar mit dem Boot zu erreichen suchten, liegen in der Einteilung am Ende.

Die in Deutschland und im Vereinigten Königreich Befragten fühlen sich sehr persönlich von der Krise der Flüchtlinge betroffen. Sie liegen in der Einstufung als gastfreundlich am 2. und am 3. Platz.

Ungefähr ein Drittel der im Vereinigten Königreich befragten Personen (29 %) sind bereit, die Türen ihrer Wohnung für Flüchtlinge zu öffnen. Etwa 47 % würden es akzeptieren, dass Flüchtlinge in ihrem Viertel wohnen.

Die Deutschen, die im vergangenen Jahr schon für eine Million Platz gemacht haben, sind weiterhin zu 96 % der Idee, andere Menschen aufzunehmen, zugetan. In dem kleinen Land Jordanien, wo bereits 600000 syrische Flüchtlinge leben, sind 94 % ebenso eingestellt.

DIE REGIERUNGEN SOLLTEN HILFSBEREITER SEIN

Fast drei Viertel der weltweit Befragten (73 %) sind der Ansicht, dass Personen, die vor Krieg oder Verfolgung fliehen, in anderen Ländern Zuflucht finden müssten. Diese Überzeugung war in Spanien (78 %), Deutschland (69 %) und Griechenland (64 %) besonders ausgeprägt.

Zwei Drittel der weltweit Befragten (66 %) glauben, dass die Regierungen den Flüchtlingen mehr Hilfe leisten sollten. Dies gilt auch für Länder, die schon sehr viele Menschen aufgenommen haben: Von den Befragten sind 84 % in Jordanien, 76 % in Deutschland und 74 % in Griechenland dieser Ansicht. In Kenia, das fast 600.000 Flüchtlinge (davon 413.000 aus Somalia) aufgenommen hat, teilen 65 % diese Meinung.

Andere der Befragten warten ungeduldig darauf, dass ihre Länder ihren Anteil zu übernehmen beginnen: z. B. 86 % derer, mit denen wir in China sprachen, 85 % in Nigeria und 82 % in Spanien.

Näheres unter <http://bit.ly/2bY6Wua>.



80 %

der Befragten würden Flüchtlinge in ihr Land, ihre Nachbarschaft oder unter ihrem Dach willkommen heißen



73 %

der Befragten glauben dass die Menschen die Krieg oder Verfolgung fliehen, in der Lage sein sollten Zuflucht in anderen Ländern zu finden



66 %

der Menschen möchten, dass ihre Regierung mehr tut, um Flüchtlinge zu helfen

AMNESTY INTERNATIONAL FÜHRT EINE WELTWEITE KAMPAGNE FÜR DIE FLÜCHTLINGE DURCH

Seit drei Jahren ist die Welt mit einer weltweiten Flüchtlingskrise konfrontiert. 2013 überstieg die Anzahl der Personen mit einer Entwurzelung inner- oder außerhalb ihres Landes erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg 50 Millionen.

Laut den Vereinten Nationen waren 20 Mio. Menschen gezwungen, ihr Land zu verlassen, und es fanden 86 % von ihnen Zuflucht in einem Entwicklungsland.

APPELL AN SOLIDARITÄT

In diesem Zusammenhang sind die Staaten und ihre Gesellschaft aufgefordert, Solidarität mit den Flüchtlingen wie auch mit den Staaten zu üben, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen (z. B. die Türkei mit 2,7 Mio. Flüchtlingen, der Libanon, dessen Bevölkerung zu einem Viertel Flüchtlinge umfasst, oder Kenia mit dem größten Flüchtlingslager der Welt).

Diese Solidarität kann darin zum Ausdruck kommen, dass Flüchtlinge, vor allem die schutzwürdigsten, organisiert aufgenommen werden. So kann vermieden werden, dass Flüchtlinge gezwungen sind, gefährliche Routen zu wählen und sich an skrupellose Personen zu wenden, um Zuflucht zu finden.

FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN

Amnesty International appelliert daher an die reichsten Länder, schutzwürdige Flüchtlinge aufzunehmen, insbesondere isolierte Minderjährige, alleinstehende Frauen mit Kindern, Folteropfer, wegen ihrer sexuellen Identität Schutzwürdige oder Personen mit dringenden medizinischen Bedürfnissen.

Über eine Million Menschen benötigen mit höchster Dringlichkeit eine Wiederansiedlung. Bisher haben die Staaten nur 100 000 die Aufnahme angeboten, also einem Zehntel der erforderlichen Zahl.



MOBILISIERUNG IN LUXEMBURG

Anlässlich des UNO-Weltgipfels für die Flüchtlinge, der am 19. September stattfinden wird, wird Amnesty International überall auf der Welt Aktionen durchführen, um an die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zu appellieren, sich ihrer Verantwortung zu stellen und Personen, die vor Krieg oder Verfolgung fliehen, zu helfen. In diesem Rahmen lädt Sie die luxemburgische Sektion zu einer symbolhaften Aktion ein, die am **15. September um 12h 30** auf der Place Clairefontaine stattfinden soll. Worin sie besteht? Alle Teilnehmer sind aufgefordert, die Fußmatte ihrer Wohnung mitzubringen, um sie auf die Place Clairefontaine legen zu können und so ihre Solidarität mit den Flüchtlingen zu zeigen. Am Ende werden wir ein symbolisches Foto mit allen Teilnehmern aufnehmen. Kommen Sie zahlreich.



FRIEDLICH DEMONSTRIEREN, EIN RECHT, DAS ES ZU VERTEIDIGEN GILT

Der ehemalige Gesinnungsgefangene Filip Karma legt uns dar, warum er seinen Kampf um das Recht auf freie Meinungsäußerung in Indonesien fortführen wird.



Warum sind Sie aktiv geworden?

Die Papuas verlangten ihre Unabhängigkeit, weil viele wussten, dass das Referendum über die Unabhängigkeit von 1969 ungerecht war. Sie waren seinerzeit Einschüchterungshandlungen von Seiten der indonesischen Armee ausgesetzt. Es wurden Menschen getötet und verschleppt. Die Papuas lebten in Angst und Schrecken und wagten es nicht, sich Gehör zu verschaffen. Damit konnte ich mich nicht abfinden.

*Amnesty International
Luxembourg und
seine Sympathisanten
setzten sich bei der
Kerzenkampagne 2011
für Filip Karma ein.*



Warum treten Sie für Gewaltfreiheit ein?

Als ich – in den Neunzigern – Beamter war, wurde ich zu einem einjährigen Studium auf den Philippinen eingeladen. Dabei entdeckte ich, wer Mahatma Gandhi und Martin Luther King waren und wie man Ungerechtigkeiten mit friedlichen Methoden bekämpft. Ich sagte mir daraufhin, dass die Papuas ihre Rechte ebenfalls auf friedlichem Weg verteidigen sollten.

Was waren Ihre ersten Erfahrungen im Gefängnis?

Als [der frühere Präsident] Suharto im Mai 1998 abtrat, glaubte ich, nun sei der Moment gekommen, um unsere friedliche Kampagne für die Unabhängigkeit von Papua zu starten. Ich organisierte eine Versammlung, bei der ich die [in Indonesien verbotene] Morgenstern-Fahne schwang. Ich wurde daher wegen „Verrats“ zu sechseinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Auf welche Gefahren sind Sie als Aktivist gestoßen?

Während der Haft erhielt ich Todesdrohungen. [Man schickte mir] einen Hundekopf. In demselben Paket befand sich ein Brief, in dem stand: „Ich kenne deine Familie, ich kenne deine Aktivitäten; ich weiß alles, also misch dich da nicht ein!“

2004 kamen Sie erneut ins Gefängnis. Was empfanden Sie bei Ihrer Freilassung?

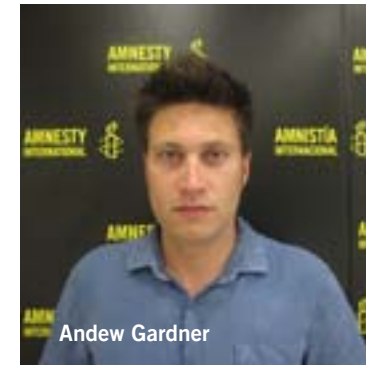
Am 18. November 2015 sagte mir ein Gefängnisbeamter, dass ich in der nächsten Stunde freigelassen würde. Zunächst sträubte ich mich. „Das ist sehr hart. Warum wollen Sie mich heute loswerden? Ich bräuchte vor der Freilassung wenigstens eine Anpassungszeit“, erklärte ich. Sie ließen mich am Tag darauf frei. Ich stand unter Schock.

Was bedeutete für Sie die Unterstützung durch Amnesty International?

Im Gefängnis erhielt ich viele Briefe aus der ganzen Welt. Ich möchte allen Freunden von Amnesty International, die sich für mich eingesetzt haben, danken. Diese Briefe haben mir sehr geholfen. Sie gaben mir Mut, Hoffnung und Trost. Durch sie fühlte ich mich nicht allein.

DIE TÜRKEI: DIE VIELEN FASSETTEN DER ANGST

Ein Zeugenbericht. Der Putschversuch und die dadurch ausgelösten Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung aus der Sicht von Andrew Gardner, des Türkei-Nachforschers von Amnesty International.



Die Angst hat viele Facetten.

Während des verheerenden Putschversuchs, der die Türkei erschütterte, habe ich, wie Millionen in Istanbul und Ankara, die ins Mark gehende Angst kennengelernt, als die Explosionen unser Wohnzimmer zum Erzittern brachten und Schüsse vor unseren Fenstern knallten. In der Etage unter uns hatten sich meine Nachbarn ins Badezimmer

geflüchtet, weil sie um ihre Sicherheit und das Leben ihrer Angehörigen fürchteten. Draußen rasten Panzer durch die Straßen und Jets und Hubschrauber zerteilten den Himmel, während Möchtegernputschisten Zivilisten niederschlugen.

Als man erkannte, dass der blutige Staatsstreich fehlgeschlagen war, stellte sich, zumindest zu Beginn, enorme Erleichterung ein. Doch schwebte die Angst wie ein beißender Geruch weiter in der Luft. Zwar stellte sich am Abend bei den zur Feier des Scheiterns des Putsches inszenierten Versammlungen so etwas wie eine festliche Atmosphäre ein, doch blieb die Stimmung auf den Straßen tagsüber gespannt. Zusammengekniffene Lippen und gerunzelte Augenbrauen ersetzten das übliche Lächeln der Kaufleute des Viertels. Viele blieben in nervöser Erwartung zuhause, ohne zu wissen, was geschehen würde. War die Putschgefahr abgewendet? Würde es eine weitere Initiative zur gewaltsamen Eroberung der Macht geben?

An den Tagen nach dem misslungenen Staatsstreich, an denen die Regierung ihre Repression einleitete und den Ausnahmezustand ausrief, ließ die quälende Angst nicht nach – sie veränderte nur ihr Gesicht. Im Monat nach dem Putschversuch wurden über 23000 Personen verhaftet und fast 82000 von ihrer Arbeit suspendiert oder entlassen. Wer immer verdächtigt wurde, der Bewegung des in den USA ansässigen Fethullah Gülen anzugehören, dem vorgeworfen wird, den Putsch in die Wege geleitet zu haben, geriet ins Visier der Behörden: Soldaten, Polizisten, Richter, Anwälte, Hochschulangehörige, Journalisten, Lehrkräfte, Ärzte und sogar Fußballschiedsrichter. Niemand oder fast niemand ist in Sicherheit.

Wenn die Regierung verpflichtet ist, die Sicherheit zu gewährleisten, die Bürger zu schützen und die für Gewalttaten auf gewöhnliche Bürger Verantwortlichen zu verfolgen, so darf gegen Verdächtige nur ermittelt und gerichtlich vorgegangen werden, wenn ausreichende Beweise gegen sie vorliegen. **Niemand darf willkürlich verhaftet, festgehalten oder bestraft werden. Dagegen versündigt sich die Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan.**

Die Folgen für die betroffenen Personen und ihre Angehörigen sind desaströs. Wer suspendiert oder entlassen wurde, findet schwer eine neue Arbeitsstelle. Eine solche Welle von plötzlichen Entlassungen hat schwere Folgen für das Funktionieren des Staates. Ein Fünftel des Gerichtspersonals wurde suspendiert, entlassen oder inhaftiert. Anderen wesentlichen Funktionen des Staates, wie der Bildung, ist das Rückgrat gebrochen worden und sie können nicht von heute auf morgen wieder hergestellt werden. Nicht nur die einfachen Bürger haben Angst. **Journalisten, Aktivisten und Rechtsanwälte erstarren vor Angst, ebenfalls verdächtigt zu werden, bei dem Gedanken, sich zu äußern.**

Ironie des Schicksals: Die von der Erdoğan-Regierung benutzten Instrumente sind von den früheren Militärführern der Türkei ererbt. Das Gesetz über den Ausnahmezustand von 1983 räumt der Regierung die Befugnis ein, Ausgehverbote zu verhängen, Demonstrationen zu verbieten und Firmen, Stiftungen und Vereine zu schließen. Sie ermächtigt die Polizei, Personen ohne richterliche Genehmigung zu kontrollieren und zu durchsuchen. Verschiedene Informationen deuten darauf hin, dass sich die Polizei dieser Befugnisse bedient, um Veröffentlichungen und Mitteilungen in den sozialen Netzwerken sowie die Telefone der Bürger zu überwachen.

Inzwischen sind wir Zeugen einer Repression gegen die Medien, die in der modernen Geschichte der Türkei beispiellos ist. Im letzten Monat, wurden 131 Medien und Verlage geschlossen und mindestens 89 Haftbefehle wurden gegen Journalisten ausgegeben.

Die Säuberung im Anschluss an den gescheiterten Putsch findet zu einer Zeit statt, als die Meinungs-, die Vereins- und die Versammlungsfreiheit bereits anhaltenden Angriffen ausgesetzt waren. In den Monaten vor dem Putschversuch waren schon Regierungsbeamte mit der Leitung von mit Gülen verbundenen oppositionellen Zeitungen beauftragt und 15 Fernsehsender geschlossen worden. Das Recht, sich friedlich zu versammeln, war eingeschränkt worden und die Polizei hatte immer wieder übermäßige Gewalt angewandt, um Demonstrationen aufzulösen.

In der fieberhaften Atmosphäre nach dem Putschversuch droht sich die Situation der Dissidenten zu verschlechtern. Schon schwimmt der Unterschied zwischen der Teilnahme am Staatsstreich und der Parteinahme für Gülen. Die Behörden werden womöglich den Begriff „Verräter“ noch so ausweiten, dass er auch Laizisten, Linke oder Kurden erfasst.

Der gewaltsame Putschversuch und die repressive Reaktion der Regierung darauf werden in den kommenden Jahren unauslöschliche Spuren in der Türkei hinterlassen. Das Land kehrt allmählich zur Normalität zurück, aber die Lage hat sich verändert: Die Atemluft für die Zivilgesellschaft ist dünner geworden und es ist nun mit einer beklemmenden Angst zu rechnen.

IM MONAT NACH DEM PUTSCHVERSUCH SIND 23000 PERSONEN VERHAFTET WORDEN.



DIE TÜRKISCHE POLIZEI IN ANKARA UND IN ISTANBUL SOLL INHAFTIERTE 48 STUNDEN LANG IN SCHMERZHAFTEN POSITIONEN GEHALTEN HABEN. HÄFTLINGEN WURDEN NAHRUNG, WASSER UND MEDIZINISCHE VERSORGUNG VORENTHALTEN. EINIGE WURDEN VERPRÜGELT UND GEFOLTERT; MANCHE VERGEWALTIGT.



82000 PERSONEN WURDEN VON DEN TÜRKISCHEN BEHÖRDEN VON IHRER ARBEIT SUSPENDIERT ODER ENTLASSEN.



IM JULI WURDEN 131 MEDIEN UND VERLAGE GESCHLOSSEN UND MINDESTENS 89 VERHAFTUNGEN VON JOURNALISTEN ANGEORDNET.



FLUCHT ALS EINZIGER AUSWEG

IHR BEITRAG IST WICHTIG:



MIT 40 EURO

Sie geben Amnesty International z. B. die Möglichkeit, die Öffentlichkeit um einer besseren Welt willen über Menschenrechtsverletzungen, vor allem in Kriegs- und Krisengebieten, zu informieren.



MIT 80 EURO

Sie unterstützen Amnesty International z. B. in seinem Bestreben, führende Politiker, die die Bevölkerung unterdrücken, foltern oder massakrieren, durch die internationale Justiz verfolgen zu lassen.



MIT 120 EURO oder mehr

Sie tragen z. B. dazu bei, dass Familien, die unter unmenschlichen Bedingungen in Flüchtlingslagern leben, in einem Aufnahme-land Schutz finden oder, wenn das möglich ist, in voller Sicherheit in ihr Herkunftsland zurückkehren können.

Mit Ihnen an unserer Seite fordern wir unermüdlich, dass die Menschenrechte beachtet werden – besonders in Krisengebieten und entlang den von den Flüchtlingen benutzten Straßen. DANKE FÜR IHRE SPENDE!

